



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2010

---

## **"Irgendwann muss man ihn sterben lassen" (Interview)**

Tag, Brigitte ; Münzel, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-36432>

Newspaper Article

Originally published at:

Tag, Brigitte; Münzel, Thomas. "Irgendwann muss man ihn sterben lassen" (Interview). In: Landbote, Der: Tagblatt von Winterthur und Umgebung, 19 October 2010, 5.



# «Irgendwann muss man ihn sterben lassen»

Soll der Walliser Hanfbauer Bernard Rappaz, der sich aus Protest gegen seine Gefängnisstrafe notfalls zu Tode hungern will, zwangsernährt werden? Die Strafrechtlerin Brigitte Tag sieht die Entscheidungsbefugnis hierfür allein bei den Ärzten.

*Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Walliser Behörden erneut vor der Frage stehen werden, ob sie Bernard Rappaz zwangsernähren lassen sollen oder nicht. Was würden Sie den Behörden raten?*

**Brigitte Tag:** Es ist für mich derzeit kaum möglich, den Behörden im Wal-



lis einen Ratschlag zu erteilen. Zumal bis heute die Begründung des Bundesgerichtsentscheids vom 26. August dieses Jahres noch nicht vorliegt. In diesem Urteil hatten ja die Richter von Lausanne für eine allfällige «menschenwürdige Zwangsernährung» grünes Licht gegeben, um eine Person beispielsweise mit einer Infusion am Leben erhalten zu können.

*Und was sagt das kantonale Recht zum Thema «Hungerstreik»?*

Der entsprechende Passus im Reglement der Strafanstalten des Kantons Wallis lautet folgendermassen: «Wenn ein Gefangener in den Hungerstreik tritt, benachrichtigt die Direktion den Arzt und handelt nach den Grundsätzen von Gewissen und Moral.» Das ist eine relativ offene Regelung. Und da Rappaz sich nun derzeit wieder im Spital befindet, heisst das, dass er unter ärztlicher Obhut ist und dass derzeit die Ärzte vor Ort das Sagen haben. Als Behörde würde ich den Ärzten lediglich raten, das ärztlich Notwendige zu tun. Die Ärzte wiederum werden das tun, was sie auch nach ihren eigenen Grundsätzen und Standesregeln für richtig erachten.

*Was geschieht, wenn die Justizdirektion aufgrund des Bundesgerichtsentscheides die Zwangsernährung anordnen sollte und die Ärzte sich dennoch weigern, diese durchzuführen?*

Dann befinden wir uns in einem klassischen Dilemma. Denn da die Standesorganisationen der Ärzte gesagt haben, dass für sie aus ethischen Gründen die Zwangsernährung nicht in

Frage kommt, ist sie de facto gar nicht durchführbar. Klar ist zudem, sollte Herr Rappaz an seinem Hungerstreik festhalten und dies seinen Ärzten entsprechend mitteilen, dann sind den Ärzten die Hände zusätzlich gebunden.

*Aber machen sich die Ärzte nicht strafbar, wenn sie die Rechtsprechung des Bundesgerichtes missachten?*

Das ist sehr schwer zu sagen. Fakt ist, dass die Spitalärzte in einem öffentlich-rechtlichen Spital oft eine Doppelfunktion innehaben. Sie sind einerseits Angehörige des öffentlichen Dienstes und auf der anderen Seite Ärzte, die sich ihrer Berufsethik verpflichtet fühlen. Im Prinzip gilt hier normalerweise die Regel, dass man einen Arzt nicht

zwangsverpflichten darf, eine Behandlung durchzuführen, die gegen seine ärztliche Ethik spricht.

*Dennoch steht doch der Vorwurf im Raum, dass sich der Arzt der Tötung durch Unterlassung schuldig macht, wenn er Bernard Rappaz nicht zwangs-ernährt.*

Diese Frage steht im Raum, das ist richtig. Ungeachtet dessen lautet aber die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang: Ist es dem Arzt zumutbar, gegen sein eigenes Gewissen diese Zwangsernährung durchzuführen? Und da bin ich der Meinung, dass man dies wohl kaum als zumutbar einstufen kann, solange praktisch sämtliche Ärzte in der Schweiz die Zwangs-ernährung als unethisch betrachten und auf ihre entsprechenden Standesregeln verweisen. Vor diesem Hintergrund betrachtet ist meiner Ansicht nach diese Art der Unterlassung nicht strafbar.

*Aber vielleicht findet sich ja doch noch ein Arzt, der sich bereit erklärt, Ber-*

## «Im Prinzip darf man einen Arzt nicht zu etwas zwingen, das gegen seine ärztliche Ethik spricht»

Brigitte Tag, Strafrechtlerin, Universität Zürich



Bernard Rappaz protestiert einmal mehr mit einem Hungerstreik gegen seine Haftstrafe wegen Hanfanbaus und -verkaufs.

Bild: key

*Welche Bedeutung kommt der schriftlichen Anordnung von Bernard Rappaz zu, in welcher er eine Zwangs-ernährung explizit ablehnt?*

Wenn eine Person zum Zeitpunkt der Unterschrift eines solchen Dokuments urteilsfähig ist, dann ist diese Anordnung gültig und verbindlich. Wir haben zwar das Be-

## «Die Fesselung und die Einführung einer Magensonde sind massive körperliche Eingriffe»

Brigitte Tag

wenn sie aktuell ist und dem Willen des Patienten entspricht. Offen bleibt allerdings die grundsätzliche Frage, welchen Stellenwert das Selbstbestimmungsrecht im Strafvollzug im Bereich des Hungerstreiks tatsächlich hat. Persönlich bin ich der Ansicht, dass auch ein Inhaftierter auf sein Selbstbestimmungsrecht pochen darf.

*Und wenn Rappaz dennoch zwangs-ernährt wird und er später dann wieder und wieder in den Hungerstreik tritt?*

Eine Zwangs-ernährung kann nicht ewig dauern. Irgendwann sollte Schluss sein. Und irgendwann muss man Rappaz wohl sterben lassen.

*Welche Lehren kann und muss der Staat aus dem Fall Rappaz ziehen?*

Die Lehre, die man daraus ziehen sollte, ist diejenige, dass die involvierten Kreise, also Juristen, Ärzte und Behörden, rechtzeitig miteinander sprechen, um die Probleme frühzeitig anzugehen. Gerade der Fall Rappaz zeigt deutlich, dass diese Gespräche wohl zu spät geführt wurden – ansonsten hätte man da sicher noch gemeinsam eine Lösung finden können.

INTERVIEW: THOMAS MÜNZEL

## Bernard Rappaz erneut im Spital

Der Walliser Hanfbauer Bernard Rappaz, der sich im Gefängnis seit Ende August in einem neuen Hungerstreik befindet, wurde letzten Samstag in ein Spital eingeliefert. Er ist offenbar in einem Zustand der Unterzuckerung. Dies sagte sein Freund Boris Ryser am Sonntag im Westschweizer Fernsehen. Rappaz, der seit 51 Tagen im Hungerstreik ist, habe in einem Sittener Spital Glukose-Injektionen erhalten. Von Zwangs-ernährung könne aber noch nicht gesprochen werden. Rappaz hat bereits wieder 9 Kilogramm abgenommen und drastisch an Kräften verloren. Die Behörden haben laut Bundesgerichtsurteil das Recht, eine Zwangs-ernährung anzuordnen, um den Tod zu verhindern. (tm)

## ZUR PERSON

### Brigitte Tag

ist seit 2002 Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht und Medizinrecht an der Universität Zürich. Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte von Brigitte Tag finden sich unter anderem zu den Themen «Schutz der Autonomie» und «Fragenstellungen am Beginn und Ende des Lebens». Der Titel ihrer Habilitationsschrift lautet: «Der Körperverletzungstatbestand im Spannungsfeld zwischen Patientenautonomie und Lex artis». (tm)

## SCHWEIZ

### Strafe in Kosovo absitzen

**BERN** – Wegen einer Straftat verurteilte Kosovaren sollen ihre Strafe künftig im Heimatland absitzen – auch gegen ihren Willen. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hofft, noch dieses Jahr mit Kosovo ein Abkommen abschliessen zu können. Eine Verhandlungsdelegation soll laut «NZZ am Sonntag» noch diese Woche in das Land reisen.

### Mitteparteien sind sich einig

**BERN** – Für die bürgerlichen Parteien wäre die Annahme der Steuergerichtsinitiative der SP ein «fatales Eigengoal». Diese treffe nicht nur Reiche, sondern ebenso den Mittelstand, warnten Vertreter von FDP, CVP, SVP, BDP und Grünliberalen vor den Bundeshausmedien. Eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen ziehe damit eine Steuererhöhung für mittlere Einkommen nach sich.

### Kampf gegen Windräder

**NEUENBURG** – Der von der Kantonsregierung vorgesehene Bau von 59 Windrädern im Neuenburger Jura könnte sich verzögern: Eine kantonale Volksinitiative ist bei der Staatskanzlei eingereicht worden. Darin wird für die Bevölkerung ein Mitspracherecht gefordert. Der Umweltschützer Franz Weber war ebenfalls vor Ort.

### Neue Steuer-CD aufgetaucht

**DÜSSELDORF** – Nordrhein-Westfalen hat erneut Daten einer Schweizer Bank über mutmassliche Steuerhinterzieher erworben. Schon im Sommer sei für rund 1,5 Millionen Euro eine CD mit 200 Datensätzen der Schweizer Bank Julius Bär erworben worden, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Münster. Derzeit würden die Daten und Vermögenswerte überprüft, sagte die Sprecherin. (sda)

## «Cash TV» hat einseitig informiert

**BERN** – Die Sendung «Cash TV» hat einseitig über eine Abstimmungsvorlage berichtet. Das stellt die unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) des Bundes fest. Es ging um die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der berufliche Vorsorge. In der Sendung vom 7. Februar 2010 befragte der Moderator von «Cash TV» einen Befürworter der Vorlage. Es war der Leiter der Abteilung Vorsorge bei Swisscanto, welche auch Hauptsponsor von «Cash TV» ist. Der Befragte hatte vier Minuten lang Zeit, seine Argumente für einen tieferen Umwandlungssatz darzulegen. Der Moderator unterliess es, kritische Rückfragen zu stellen, wie die UBI gestern mitteilte. Auch vermittelte der sachliche Ton des Gesprächs den Eindruck, es handle sich bei dem Befragten um einen Sachverständigen und nicht um einen Interessenvertreter. Dieser war als «Pensionskassenexper-

te» vorgestellt worden. Das Gespräch sei auch nicht im Rahmen einer Serie von Beiträgen zum Umwandlungssatz ausgestrahlt worden, bemängelte die UBI weiter. Die Abstimmung fand am 8. März 2010 statt.

Sendungen, die bevorstehende Abstimmungen thematisieren, seien heikel, weil sie die Meinungsbildung beeinflussen können, hielt die UBI fest. Deshalb sei – auch von privaten Fernsehveranstaltern – eine erhöhte Sorgfaltspflicht zu erwarten. Im Falle dieses Interviews habe der Sender das Sachgerechtkeitsverbot verletzt.

Die Beschwerde kam von einer Privatperson, wie es bei der UBI auf Anfrage hiess. «Cash TV» muss die UBI nun innert 30 Tagen über getroffene Verbesserungsmaßnahmen unterrichten. Die Verantwortlichen der Sendung können den Entscheid aber auch beim Bundesgericht anfechten. (sda)

## AUFGEFALLEN

### Basler sind Zuger

Die «Basler Zeitung» ist stolze 168 Jahre alt – und jetzt muss sie zügeln und sich an eine neue Adresse gewöhnen: Die beiden neuen Besitzer Martin Wagner und Tito Tettamanti verlegen den Sitz der Dachgesellschaft «BaZ Holding AG» nach Zug und taufen sie in «WATT Capital Holding AG» um. Der neue Name steht für Wagner (WA) und Tito Tettamanti (TT). Das berichtet das Internetportal «Online-Reports». Mitbesitzer Wagner weist zwar die Vermutung weit von sich, er und Tettamanti wollten mit dem Umzug Steuern sparen. Zugleich ist er aber zuversichtlich, dass der «BaZ» bis Ende Jahr die Rückkehr in die Gewinnzone gelingt. (red)